

Rechtsradikale bei der Bundestagspolizei

Der Grund warum wir heute am Reichstagsgebäude mit unserer Fahrradtour beginnen ist, dass dieser Ort sowohl historische wie auch aktuelle Bedeutung für unser Thema hat.

Das Reichstagsgebäude wurde durch ein Foto des sowjetischen Photographen Jewgeni Chaldej zum Symbol des Sieges über den Faschismus. Am 1. Mai 1945 wurde es nach heftigen Kämpfen von der Roten Armee erobert. Am 2. Mai stellte man dann das Hissen der sowjetischen Fahne nach, wobei dann das weltberühmte Foto entstand. Noch heute kann man in dem Gebäude an vielen Stellen die Sprüche sehen, die die sowjetischen Soldaten nach dem Sieg an die Wände schrieben. Diese Sprüche blieben bei der Sanierung des Gebäudes erhalten um den Abgeordneten des Hauses ihre besondere Verantwortung vor Augen zu führen, dass es nie wieder soweit kommen darf, dass dieses Land wieder mit militärischer Gewalt niedergeworfen werden muss um sein verbrecherisches Handeln zu stoppen.

Neben dieser historisch symbolischen Bedeutung des Gebäudes ist das Reichstagsgebäude aber auch Schauplatz eines der vielen von uns dokumentierten Fälle von Rechtsradikalen in den Behörden.

Im Juni 2021 wurde durch taz-Recherchen bekannt, dass es bei der Bundestagspolizei mehrere Fälle von rechtsradikalen Beamten gab. Ein Beamter (Michael R.) war stellvertretender Vorsitzender einer Reichsbürgerpartei namens „Deutsche Nationalversammlung“ und verbreitete seine Ideologie unter den Kolleg/-innen, später wechselte er zur AfD. Ein anderer begrüßte seine Kollegen immer mal wieder im Pausenraum mit dem Hitlergruß und verhielt sich auch sonst offen rechtsradikal. Dazu kamen noch rassistische und antisemitische Sprüche und Bilder in dienstlich genutzten Chatgruppen. Außerdem hätten mehrere Beamte an Pegida-Demos teilgenommen und sich im Dienst rassistisch und rechtsradikal geäußert. Damit reihte sich auch diese sehr kleine Polizeibehörde von rund 200 Beamten in den Kreis der vielen Behörden ein, die mit derartigen Skandalen in den letzten Jahren aufgefallen sind und von denen wir im Laufe des Tages noch einiges hören werden.

Besonders besorgniserregend war in diesem Fall neben der Tolerierung von rechtsradikalem Gedankengut in dieser Behörde aber eine andere Tatsache. Die Beamten gründeten 2015 eine eigene Spezialeinheit für „besondere Aufgaben“, von der am Anfang nicht mal alle leitenden Beamte und auch das Bundestagspräsidium wusste. Sie begannen sich in Techniken fortzubilden zu lassen die eher für militärische Spezialeinheiten üblich sind. Außerdem beschafften sie sich mehrere Schafschützengewehre, Maschinenpistolen und andere Ausrüstungsgegenstände, die nicht zu ihrem Aufgabenspektrum passen. Die Beamten sind zwar für die Sicherheit des Bundestages und der Abgeordneten verantwortlich, aber dies umfasst lediglich Objektschutz, Personenüberprüfungen, Beratungen usw... Für Schießereien, zumal mit Schafschützengewehren sind sie definitiv nicht zuständig. Somit kann man sich die Frage stellen, für welche Szenarien diese Waffen gekauft wurden und ob es wirklich nur um den Schutz des Bundestages ging.

Der Skandal ging aber noch in eine zweite Runde die bezeichnend dafür ist, wie Aufarbeitung in den Behörden funktioniert. So wurde nach dem Bekanntwerden der rechten Umtriebe ein neuer Referatsleiter für die Bundestagspolizei eingesetzt. Man würde erwarten, dass nach einem solchen Skandal ein Beamter Referatsleiter wird, der zweifelsfrei keine rechtsradikale Gesinnung hat um

den Laden aufzuräumen, doch weit gefehlt. Der neue Referatsleiter war Norman P. von der CDU. Dieser ist Alter Herr der ultrarechten Berliner Burschenschaft Gothia. Zur Erinnerung, die Gothia ist eine Burschenschaft im rechtsradikalen Dachverband Deutsche Burschenschaften der nur Mitglieder mit Deutscher Abstammung zulässt. Weiterhin hat die Gothia Verbindungen zur Identitären Bewegung und kein Problem damit den Neonazi und Holocaustleugner Horst Mahler zu sich einzuladen. In so einem rechtsradikalen Netzwerk war also der damalige Chef der Bundestagspolizei aktives Mitglied. Außerdem kandidierte Norman P. 1998 für die rechtspopulistische Partei Bund Freier Bürger für den Bundestag. Er ist also selbst Teil des Problems und nicht der Lösung.

Hier wird ein Muster deutlich. Nach einem öffentlich gewordenen Skandal um Rechtsradikale in der Behörde versuchte man das, was in solchen Fällen immer geschieht. Erst redete man den Fall klein und sprach von Einzelfällen. Dann wurde eine externe Aufklärung und Überprüfung verhindert und stattdessen intern untersucht. Hierbei vermied man es strukturelle Probleme anzugehen und machte sich lieber daran herauszufinden wer der taz Informationen über die Missstände mitgeteilt hatte. Als Konsequenz wurden ein paar Personen versetzt aber dafür mit Norman P. ein neuer Chef eingesetzt, der selbst in rechtsradikalen Strukturen eingebunden ist. Dieses Muster der Problembearbeitung ist uns in unseren Recherchen leider immer wieder auch in anderen Behörden begegnet.

Vor ein paar Tagen wollte die Bundestagspolizei nun gute Nachrichten verkünden. Norman P. Ist nämlich jetzt doch nicht mehr Referatsleiter bei der Bundestagspolizei, also alles gut und kein Problem. Leider ist es so, dass Norman P. jetzt stattdessen Leiter eines Referats des Wissenschaftlichen Dienstes des Bundestages ist. Wir sehen hier ein weiteres wiederkehrendes Muster. Aufklärung wird verhindert und rechtsradikale Beamte werden maximal versetzt, aber nicht aus dem Dienst entfernt.

Es wird somit auch in diesem Fall deutlich, dass die Behörden nicht willens und in der Lage sind das Problem von Nazis, Faschisten, Rassisten und sonstigen Rechtsradikalen zu erkennen oder gar zu lösen. Es bleibt Aufgabe der kritischen Teile der Gesellschaft die Behörden des Staates effektiv zu kontrollieren und sich nicht mit ein paar Versetzungen und halbherzigen Versprechen abspeisen zu lassen. Damals wie heute gilt es also lautstark und mit Nachdruck klarzustellen, dass wir diese Zustände nicht länger hinnehmen werden. Nazis raus aus den Behörden.

Danke für eure Aufmerksamkeit.

Ergänzung: Doch es ist nicht nur die Bundestagspolizei die ein Problem mit Rechtsradikalen hat. Hinzu kommen die Mitarbeiter der privaten Sicherheitsfirma Piepenbrock die mit etwa 400 Personen in den Liegenschaften des Bundestages für die Sicherheit zuständig ist. Hier war über zehn Jahre lang ein Mann Pförtner im Reichstagsgebäude, der nicht nur ein krasser Rassist und offen rechtsradikal ist, sondern nach eigenem bekunden auch einer der in seinem Haus am Waldrand Vorräte für den Ernstfall bunkert.

2021 gab es noch zwei weitere Pförtner der Bundestagsverwaltung die beurlaubt waren, um für die AfD Fraktion zu arbeiten. Nicht sonderlich überraschend fielen auch diese mit rechtsradikalem Gedankengut auf. Da sie nur beurlaubt waren, hatten sie jederzeit die Möglichkeit ihren Job bei der Bundestagsverwaltung wieder aufzunehmen. Diese Pförtner sind es die entscheiden, wer in das

Gebäude kommt und wer nicht. Mit Blick auf den versuchten Sturm auf das Reichstagsgebäude im Jahre 2020 ist das eine sehr beunruhigende Vorstellung.